



Medienmitteilung

Zürich, 2. Juni 2022

Beschlüsse der Kommissionen

KEVU: Abrechnung für Ressourcenprojekt Ammoniak soll genehmigt werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung des Objektkredits über Fr. 5'300'000 für das kantonale Ressourcenprojekt Ammoniak zu genehmigen ([4811](#)). Die Abrechnung wurde von der Kommission für korrekt befunden. Der Kredit konnte nicht voll ausgeschöpft werden. Die Abweichung von Fr. 1'844'0762.29 wurde nachvollziehbar begründet. In der Sache, also bei der Verminderung der Ammoniakemission, sieht die Kommission allerdings einerseits Potenzial zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Landwirtschaft, andererseits werden teilweise vermehrte Anstrengungen gefordert.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KEVU: Abrechnung des Rahmenkredits für Energieprojekte soll genehmigt werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung des Rahmenkredits über Fr. 20'000'000 zu genehmigen ([4976](#)). Die Abrechnung wurde von der Kommission für korrekt befunden. Der Kredit wurde nicht voll ausgeschöpft, die Abweichung von Fr. 6'571'736 wurde nachvollziehbar begründet. Die Kommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung zu genehmigen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KEVU: Postulat zu multimodalem Pendeln soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Multimodales Pendeln fördern» als erledigt abzuschreiben ([5792](#)). Mit dem Postulat wurde gefordert, vermehrt für eine bessere Umsteige-Infrastruktur (vor allem Bike & Ride und Park & Ride) an Bahnhöfen zu sorgen – insbesondere in ländlichen Gebieten, die nicht von Agglomerationsprogrammen profitieren können. Das Anliegen ist im Sinne des kantonalen Gesamtverkehrskonzepts. Die Anzahl Plätze genügt den Bedürfnissen, hingegen erfordert die E-Mobilität bei Velos und Autos eine Anpassung der Infrastruktur (sichere Verwahrmöglichkeiten E-Bikes und Ladestationen). Die dafür Verantwortlichen, meist die Gemeinden, sind sich dessen bewusst und werden vom Kanton unterstützt.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

FIKO: Beitrag für Special Olympics Winterspiele 2029 soll genehmigt werden

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Beitrag von 1,8 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung Special Olympics Switzerland für das Projekt «Special Olympics World Winter Games 2029 – Host Town Programm und Eröffnungsfeier» zu genehmigen ([5785](#)). Die Winterspiele sind aus der



Special Olympics International hervorgegangen, der weltweit grössten Sportbewegung für Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Beeinträchtigung. Der Anlass leistet in der Schweiz und weltweit einen nachhaltigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft, indem er die Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen stärkt und das Thema Inklusion einer breiten Öffentlichkeit nahebringt. Der nachgesuchte Beitrag aus dem Gemeinnützigen Fonds wird ausschliesslich für die im Kanton Zürich stattfindenden Projektteile bzw. Aktivitäten verwendet.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

KPB: Gemeinden sollen bei kantonalen Immobilien kein Vorkaufsrecht haben

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die parlamentarische Initiative «Vorkaufsrecht der Standortgemeinde bei Veräußerung von kantonalen Immobilien» von SP-Kantonsrat Andrew Katumba abzulehnen ([KR-Nr. 398/2018](#)). Mit der Initiative wird gefordert, dass vor der Veräußerung eines Grundstücks oder einer Liegenschaft die Standortgemeinde angefragt werden muss, ob sie das Objekt zum Verkehrswert kaufen möchte. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass eine zusätzliche gesetzliche Verankerung nicht benötigt wird, da ein Beschluss des Regierungsrates (RRB 704/2016) den Standortgemeinden bereits das Privileg einräumt, vor der Veräußerung eines kantonalen Grundstückes oder einer Liegenschaft zuerst angefragt zu werden. Eine Kommissionsminderheit aus SP und Grünen unterstützt das Anliegen der parlamentarischen Initiative weiterhin. Aus ihrer Sicht sollen die Veräußerungspraxis und zusätzlich ein Gewinnanteilsrecht sowohl für den Kanton als auch für die Gemeinden gesetzlich verankert werden, damit die Grundstücke und Liegenschaften im Besitz der öffentlichen Hand verbleiben.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.